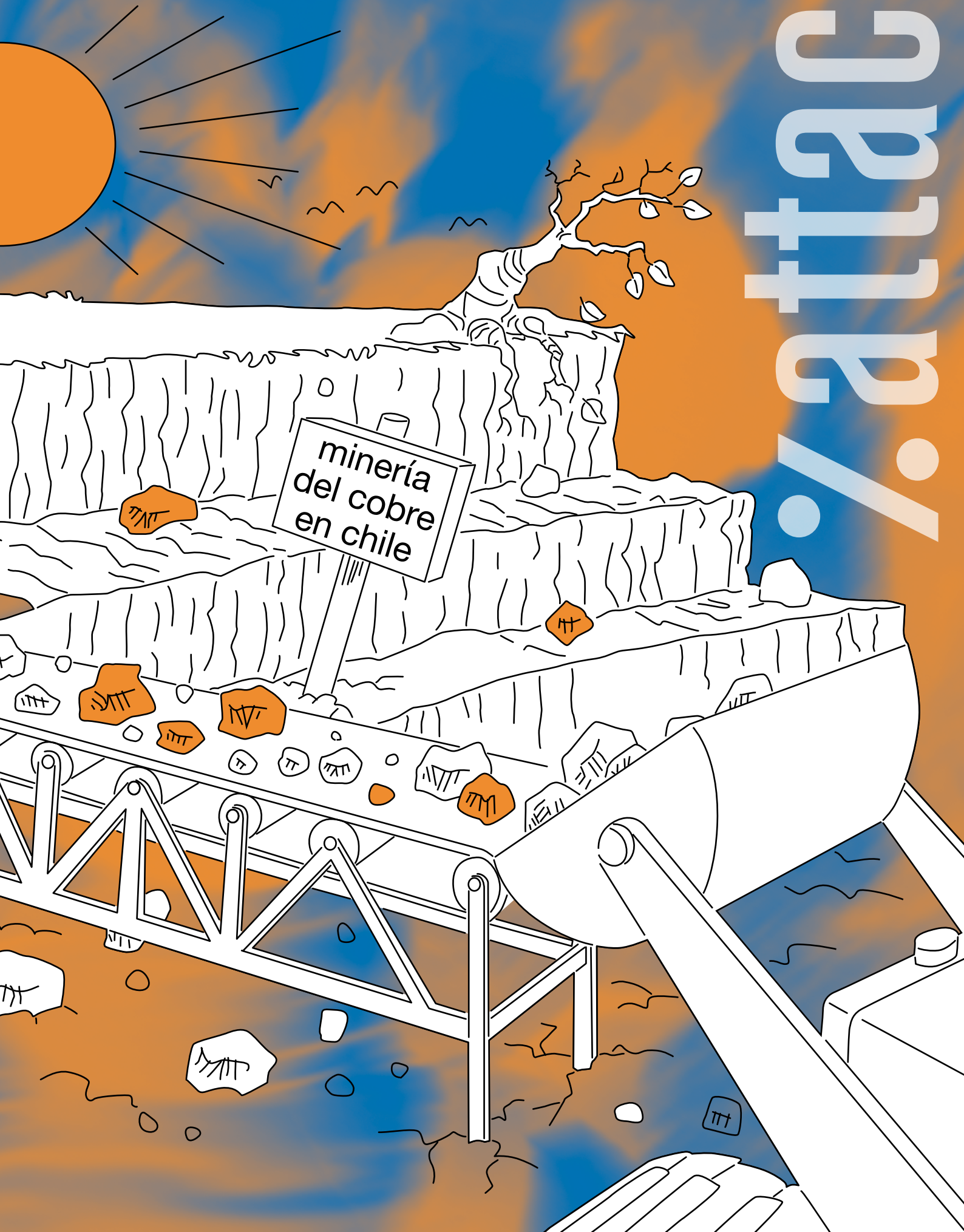


attac





SONNENTOR®

GEMEIN-

55% TEXT

5% FUNFACTS

15% ILLUSTRATIONEN

WOHL

25% FOTOS

IST UNSER

GEHEIMREZEPT

ERFAHRE IM
GEMEINWOHL-BERICHT
ALLES ÜBER NACHHALTIGKEIT
BEI SONNENTOR



BLÄTTERE IN UNSEREM
GEMEINWOHL-BERICHT!

Vorwort des Attac-Vorstands 4

brennpunkte

Simon Schaupp im Interview 5

Elektroautos, Datacenter und Raketen 8

CETA-Bilanz: Abkommen schadet Klima und Umwelt 10

COP 28: Ein symbolischer Erfolg reicht nicht aus 11

Energieversorgung demokratisieren! 12

rückblicke

Attac – Next Generation 14

Die Sommerakademie 2023 15

Wir alle machen Wirtschaft 16

Aus den Attac-Gruppen 16

Impressum

Attac Österreich Magazin 2024/1
Attac Österreich Jahresbericht 2023

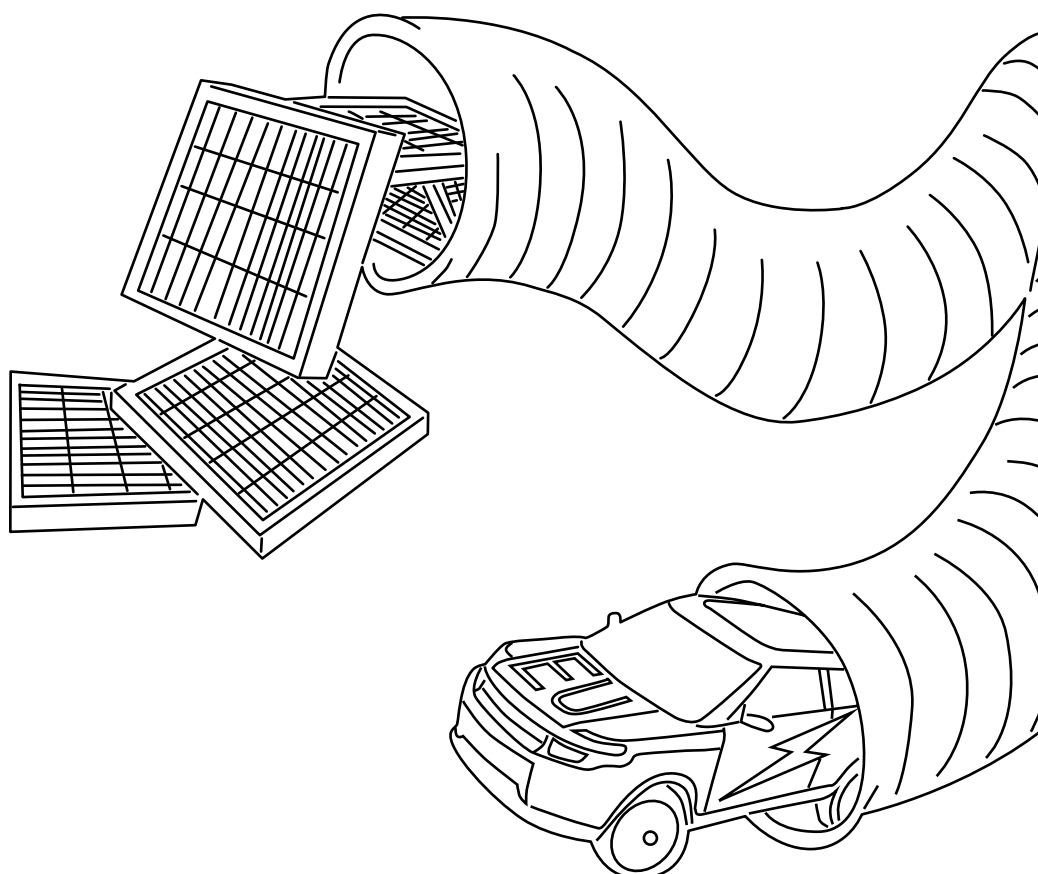
Attac Österreich
Netzwerk für eine demokratische, sozial-,
ökologisch- und geschlechter-gerechte
Gestaltung der Wirtschaft

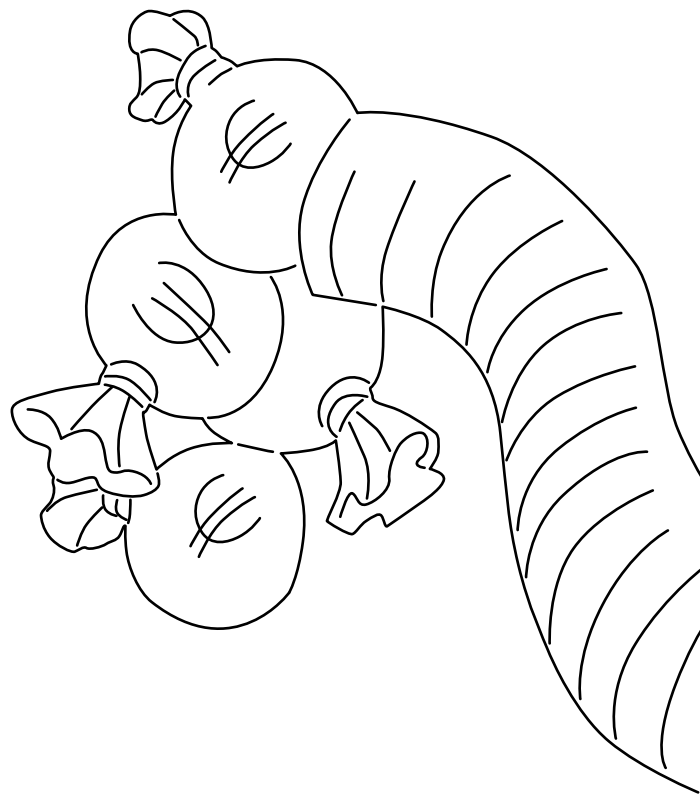
Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger,
Wolfgang Homola, Anne Lange,
Klara Tolnai
grafikteam@attac.at
Druck: Druckerei Janetschek GmbH,
3860 Heidenreichstein
Auflage: 4.800 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler,
Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Căcilia Supper-
Schmitzberger, David Walch
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, März 2024





liebe leser*innen!

Stürmische Zeiten liegen hinter uns – und vor uns: Klimakrise, Inflation und Wahlkampf ... Darüber hinaus treffen die steigenden Lebenshaltungskosten auch uns als spendenfinanzierte Organisation sehr stark. Gestiegene Energie-, Material- und Personalkosten stehen einer rückläufigen Spendenfreudigkeit gegenüber. Doch gerade in der Phase des Wahlkampfes in Österreich und auf EU-Ebene benötigt die Zivilgesellschaft Attac-Expertise und Engagement – unabhängig von Parteien und Großkonzernen. Attac finanziert sich fast zur Gänze durch Mitgliedsbeiträge und (Klein-)Spenden. Diese breite Basis garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Eure Spenden ermöglichen auch, dass wir unsere Arbeit zur Vermögenssteuer ausbauen. Während ein Großteil der Bevölkerung stark unter der Teuerung leidet, werden Superreiche immer reicher. Wir sagen deshalb: Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten! Mit eurer Unterstützung setzen wir auch in Zukunft alles daran, die Welt Schritt für Schritt gerechter zu machen.

Unsere Beharrlichkeit zahlt sich aus: Das Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, zu dem wir seit vielen Jahren arbeiten, hätte ja noch vor der EU-Wahl 2024 abgeschlossen werden sollen. Aber der breite internationale Widerstand konnte den Pakt vorerst stoppen – ein wichtiger und bestärkender Erfolg!

Unsere Brennpunkte in diesem Magazin: Lisa Mittendrein sprach im Rahmen der Attac-Reihe „Die neue Zeit kommt nicht allein“ mit dem Soziologen Simon Schaupp über das Thema „Digitalisierung und Arbeitsmarkt“. Ob uns neue Technologien nun alle knechten werden und welche Rolle soziale Konflikte bei der Digitalisierung spielen, ist ab Seite 5 zu lesen.

Iris Frey und Theresa Kofler berichten über die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Rohstoffpolitik, bei der es nicht nur um neue Technologien im Energie- und Mobilitätssektor geht – auch Rüstungskonzerne mischen da fleißig mit (Seiten 8 und 9).

Trotz gefallener Energiepreise an den Strombörsen blicken Verbraucher*innen voller Sorge auf ihre Energierechnungen – absurd, wenn man die Gewinne der Energiekonzerne in den vergangenen Jahren bedenkt. Max Hollweg berichtet von der Krisenanfälligkeit des liberalisierten Energiesystems und von unserer großen Kampagne „Energieversorgung demokratisieren“ (Seiten 12 und 13).

Vorwort
des
Vorstands
von Attac
Österreich

4

Dass unsere Themen alle Altersgruppen bewegen, zeigt die Jugendarbeit von Conni Barger: Seit 2019 gibt es nun schon das Zivilgesellschaftliche Attac-Praxissemester (ZAP), bei dem sich Menschen unter 35 wöchentlich treffen, um mehr über Attac zu lernen und spannende Aktionen zu planen. Was sich bei der „Next Generation“ sonst noch alles tut, ist auf Seite 14 zu lesen.

Außerdem blicken wir zurück auf die Sommerakademie 2023 und die Arbeit des Netzwerkes „Wir alle machen Wirtschaft“. Unsere Gruppen FinanzAttac, Senior*innenAttac, Attac Grundeinkommen sowie die Attac-Regionalgruppen Graz, Kärnten, Flachgau und Wiener Neustadt berichten von Highlights ihrer Arbeit im vergangenen Jahr.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Euer Attac-Vorstands-Team

„emanzipatorische perspektiven müssen immer von menschen gemacht werden“

Der Soziologe Simon Schaupp im Gespräch mit Lisa Mittendrein – zur Digitalisierung der Arbeitswelt, den Chancen einer Technopolitik von unten und neuer wirtschaftlicher Planung



Lisa Mittendrein: Du forschst intensiv zur Digitalisierung, vor allem in der Arbeitswelt. Nehmen uns die Roboter bald völlig die Arbeit weg?

Simon Schaupp: Die Prognosen erzählen ja seit Jahren, dass durch die Digitalisierung eine große Automatisierungswelle bevorsteht und bis zu 50 Prozent aller Jobs wegfallen. Aber die Realität und alle Kennzahlen zeigen, dass das nicht passiert – und es wird vermutlich auch mittelfristig nicht passieren, das zeigen die Investitionszahlen in die Robotik. Der Grund dafür ist, dass die Prognosen nur fragen, was technisch möglich wäre. Entscheidend ist aber, ob es sich rentiert – sprich billiger ist als menschliche Arbeitskraft. Und das ist es in den meisten Fällen eben nicht. Denn wir haben – auch in den hochentwickelten kapitalistischen Zentren – einen sehr großen Niedriglohnsektor und es ist attraktiver, diesen anzuzapfen. Digitalisierung bedeutet heute also nicht, die Arbeit weg zu automatisieren, sondern immer mehr sehr niedrig qualifizierte und schlecht bezahlte menschliche Arbeit einzubinden. Das geschieht in den Logistikzentren bei Amazon, bei den Botenfahrer*innen, bei der Essensauslieferung usw.

Welche Phänomene bestimmen sonst noch die Digitalisierung?

Da ist vor allem die algorithmische Arbeitssteuerung: Das heißt, Menschen bekommen ihre Anweisungen nicht von anderen Menschen, sondern von Computern – und sie werden von diesen kontrolliert. Bei Amazon etwa beruhen die Arbeitsschritte in den Logistikzentren darauf, dass die Menschen auf einem Handscanner detaillierte Anweisungen bekommen, wo sie hingehen und was sie mitnehmen sollen. Jeder gemachte Arbeitsschritt muss mit einem Klick bestätigt werden. Das ermöglicht es, die benötigte Zeit genau zu messen und Feedbacks zu geben, damit die Leute immer schneller arbeiten und sich selbst optimieren. Zur Arbeitsdequalifizierung kommt also eine Arbeitsverdichtung. Zusätzlich ist der Scanner sprachlich konfigurierbar, sodass die Leute kein Deutsch sprechen müssen. Das ist ein wichtiger Vorteil, wenn man den Niedriglohnsektor anzapfen möchte, weil dort Migrant*innen überdurchschnittlich stark vertreten sind. In der Fabrik, in der ich selbst gearbeitet habe, hat der Manager gesagt, das Ziel sei, dass „jeder von der Straße den Job machen kann, den davor der Facharbeiter gemacht hat“.

Du bist selbst vor und nach einer solchen Veränderung am Band gestanden.

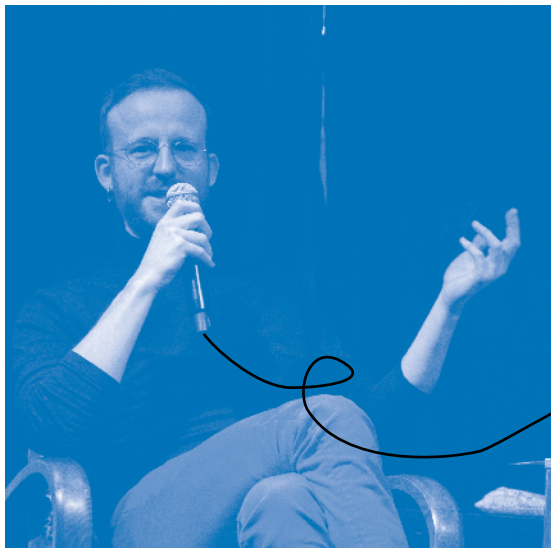
Ja, bevor diese Arbeitsleitsysteme eingeführt waren, ist ein Teamleiter durch die Fabrikhalle patrouilliert und hat die Leute ermahnt, schneller zu arbeiten oder nicht zu sprechen, was oft zu Konfrontation führte. Danach hatten wir Systeme vor uns, die uns Anleitungen angezeigt haben.

Man könnte glauben, dass uns diese neuen Technologien alle knechten. Aber so einfach ist es nicht, oder?

Auch die neuen Technologien haben eine gemeinsame kritische Haltung der Beschäftigten erzeugt – oft mit handfestem Widerstand wie Manipulationen, Umnutzung und Sabotage. Denn die Technologien schließen nicht nur Kontrolllücken, sondern sie eröffnen auch neue. Als der Teamleiter weg war, konnte man plötzlich hemmungslos miteinander quatschen und Kritik an den Arbeitsbedingungen üben und sich organisieren. Dieser Widerstand kann den Kurs der Digitalisierung ändern.

Welche Beispiele gibt es dafür?

Ein Beispiel ist die Manipulation des GPS-Systems bei den Fahrradkurier*innen, wodurch die Kontrolle unmöglich geworden ist. In der Fabrik, in der ich gearbeitet habe, haben die Leute die Kontrollmechanik umge-



Der Soziologe
Simon Schaupp

nutzt: Sie haben sich abgesprochen, dass alle langsamer arbeiten und dadurch die Zielvorgaben aus dem Tracking des Arbeitsprozesses automatisch abgesenkt, ohne dass das Management einwilligen musste – eigentlich genau das Gegenteil von dem, was passieren sollte. Vereinzelt gab es sogar Sabotage. Das hat dazu geführt, dass einige Technologien dann doch nicht so implementiert wurden wie geplant. Das Kapital kann also nicht uneingeschränkt diktieren, wie die Technikentwicklung läuft.

Soziale Konflikte und Kräfteverhältnisse spielen eine Rolle, wie sich Technologie entwickelt?

Ja. Natürlich ist eine primäre Technikregulierung wichtig. Gewerkschaften konnten klassische Formen von Überwachung zurückdrängen, weil man mit der Datenschutzgrundverordnung eine relativ starke Waffe dagegen in der Hand hat. Als Folge werden aber die Daten nicht an einen Manager geleitet, sondern an die Beschäftigten als Feedback zurückgespielt – um sich quasi selbst zu optimieren. Ein wichtiger Faktor ist aber nicht nur betrieblicher Widerstand, sondern auch Migrations- oder Arbeitsmarktpolitik: Ein politisch gewollter Niedriglohnsektor – siehe Hartz IV in Deutschland – macht algorithmische Arbeitssteuerung attraktiv und Automatisierung unattraktiv.

Welche politische Agenda verfolgen dabei die Unternehmensverbände?

Der deutsche Dachverband der Arbeitgeber lobbyiert für einen einfacheren Arbeitsmarktzugang von Migrant*innen im Niedriglohnbereich. Aufenthaltstitel sollen dabei aber prekär bleiben. Dadurch werden oft auch die widrigsten Bedingungen akzeptiert. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Aufenthaltsbewilligung an den Job gekoppelt ist. Man muss also befürchten, dass man abgeschoben wird, wenn man den Job verliert. Und das ist für Personen aus dem Asylbereich oft mit regelrechter Todesangst verbunden. Aber selbst das führt nicht dazu, dass sich die Leute alles gefallen lassen. Das Organizing für Streiks verlagert sich dann außerhalb des Betriebes.

Welche politische Perspektive ergibt sich daraus – auch für Gewerkschaften?

Die Forderung von Gewerkschaften muss natürlich sein, dass diese prekären Aufenthaltstitel wegkommen, weil sich damit der Niedriglohnbereich ausweitet. Das ist auch für jene schlecht, die nicht direkt davon betroffen sind, weil es die Löhne insgesamt nach unten drückt.

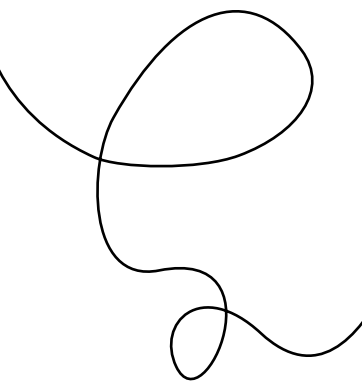
Die Entstehung des Kapitalismus wird ja auch damit erklärt, dass sich die Dampfmaschine und mit ihr die Kohle nicht deswegen durchgesetzt haben,

weil sie betriebswirtschaftlich effizienter waren – sondern weil sie geholfen haben, die immer militantere Arbeiter*innenbewegung zu disziplinieren. Man konnte die Fabrik von den Flüssen weg in die Städte verlagern, wo viele billige Arbeitskräfte waren.

Ja. Zuvor musste der Kapitalist eine riesige Investition machen und eine Fabrikkolonie mit Schule, Kirche usw. irgendwo auf die grüne Wiese am Fluss stellen. Umgekehrt wiederum konnte die Gewerkschaftsbewegung mit der Blockade der Kohle später nicht nur einzelne Arbeitsplätze bestreiken, sondern ganze Nationalökonomien lahmlegen. Sie wurde damit zu einem wirklichen wirtschaftspolitischen Faktor, der dem ganzen Staat die Energiezufuhr abdrehen konnte. Das war natürlich auch ein tragischer Schritt, weil die Gewerkschaftsbewegung nicht unwesentlich auf den fossilen Kapitalismus angewiesen ist und sich jetzt alternative Machthebel suchen muss.

Bieten neue Technologien auch Chancen für eine alternative Wirtschaftsweise, für eine nicht kapitalistische Ökonomie?

Ja. Neoliberale Ökonom*innen haben dem Sozialismus immer vorgeworfen, dass er prinzipiell nicht funktionieren kann, weil er nicht auf selbst regulierende Preismechanismen zurückgreifen kann. Pläne könnten nie die dynamische Realität abbilden und würden zu ineffizienten und autoritären Strukturen führen. Doch digitale



Lisa Mittendrein



Technologien machen es heute theoretisch möglich zu berechnen, welche Produktionsentscheidungen welche sozialen und ökologischen Folgen haben. Auf dieser Basis könnte man demokratisch über Arbeitsbedingungen, die Länge des Arbeitstages, aber auch ökologische Konsequenzen der Produktion entscheiden. Eine demokratische und ökologisch nachhaltige Verwaltung unserer Wirtschaft wäre so fraglos möglich. Wenn die Aufgabe der Ökonomie die Erfüllung von Bedürfnissen ist, und die informationstechnische Erfassung ihrer Erfüllung die Preissignale ersetzen würde, wären wir deutlich weiter. Denn unsere Bedürfnisse werden ja nur dann über Preise erfüllt, wann man es sich leisten kann.



Sind die vergangenen Versuche den Kapitalismus zu überwinden also an den technologischen Möglichkeiten gescheitert?

Nein. Aber mit den heutigen Voraussetzungen sind ganz andere Dinge möglich als vor 100 Jahren. Wobei die emanzipatorischen Perspektiven nicht von den Technologien selbst ausgehen, sondern natürlich immer von Menschen gemacht werden müssen.

Simon Schaupp war am 18. Jänner 2024 zu Gast bei der neuen Attac-Gesprächsreihe „Die neue Zeit kommt nicht allein“ im FLUCC in Wien.

Nächster Termin: 28. Mai 2024 mit Jodi Dean (US): Warum wir immer noch eine Revolution brauchen (auf Englisch)

attac.at/neue-zeit

Simon Schaupp ist Soziologe am Department für Gesellschaftswissenschaften der Universität Basel. Buchveröffentlichungen:

- *Stoffwechselfolitik: Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten | Vom kolonialen Dreieckshandel bis zur Care-Krise (2024)*
- *Theorien des digitalen Kapitalismus: Arbeit und Ökonomie, Politik und Subjekt (2023)*
- *Technopolitik von unten: Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung (2021)*

elektroautos, datencenter und raketen

wer steckt hinter der neuer gier nach rohstoffen?

Die EU wird immer nervöser: Der im letzten Jahr durch die Institutionen gepeitschte Gesetzesvorschlag für einen „Critical Raw Materials Act“ soll europäischen Konzernen Zugang zu „kritischen“ und „strategischen“ Rohstoffen sichern, die in der EU nicht ausreichend vorhanden sind. Doch wer braucht diese Rohstoffe dann tatsächlich?

Die Nachfrage nach „transition minerals“ erweckt auf den ersten Blick den Anschein, dass jetzt endlich mit der sozial-ökologischen Transformation ernst gemacht wird. Doch bei genauem Hinsehen wird klar: Die EU stellt stattdessen vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden internationalen Blockbildung die Weichen in Richtung eines militärisch und digital aufgerüsteten und grün angestrichenen Turbo-Kapitalismus. Schon jetzt verbraucht die EU 25 bis 33 Prozent der weltweit produzierten Metalle, obwohl hier nur 6 Prozent der Weltbevölkerung leben.

Zentrales Ziel des Critical Raw Materials Act ist die „strategische Autonomie“ der EU. Darunter werden eine Diversifizierung des Zugangs zu kriti-

schen und strategischen Rohstoffen sowie der Produktion von Schlüsselkomponenten in Bezug auf Digitalisierung, erneuerbare Energien, Militärtechnologie und Raumfahrt verstanden. Wo die Definition „kritischer“ Rohstoffe noch nachvollziehbar ist (nämlich in Bezug auf deren ökonomische Bedeutung für die EU und auf Versorgungssicherheit), werden „strategische“ Rohstoffe nun als Materialien von strategischer Bedeutung für den grünen und digitalen Wandel sowie für die Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie definiert. Selbst wenn man mit viel gutem Willen argumentieren kann, dass digitale Technologien wichtig für die grüne Transformation sind – Luft- und Raumfahrt sind den Klimaschutzzielen diametral entgegengesetzt.

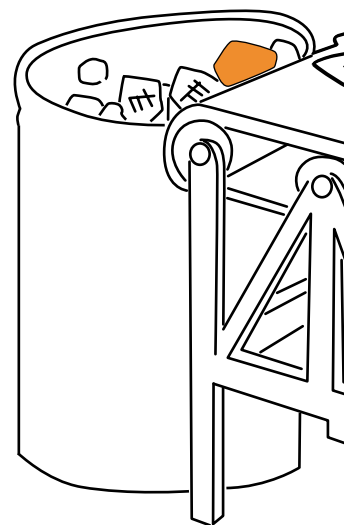
Neue und alte Konzern-Bündnisse auf der Jagd nach strategischen Rohstoffen

Es sind breite Bündnisse von Konzernen, die sich in die Neuausrichtung der europäischen Rohstoff-Strategie einmischen. Denn metallische Rohstoffe sind zentral für den Elektromobilitätssektor, den Energiesektor, den Tech- und den Militärssektor: Niobium beispielsweise wird für Windräder und E-Auto Batterien sowie in der Rüstungsindustrie gebraucht. Auch Aluminium ist hochbegehrt für

von Iris Frey und Theresa Kofler

Batterien, Windturbinen, Motoren, Kampffjets oder Panzer. Obwohl die weltweit mächtigsten Bergbauunternehmen nicht in der EU sitzen (sondern in Australien, Brasilien, UK und China), mischen sie zusammen mit europäischen Konzernen mit – sowohl mit Konzernen, die mit Rohstoffen handeln, als auch mit jenen, die sie am Ende brauchen.

Seit die Europäische Kommission im Dezember 2014 damit begonnen hat, Einzelheiten zu ihren Lobbytreffen auf höchster Ebene zu veröffentlichen, haben Bergbaukonzerne und die metallverarbeitende Industrie sowie die mit ihnen verbundenen Lobbygruppen fast 1.000 Lobbytreffen mit Kommissaren, ihren Kabinetten und Generaldirektoren der Kommission abgehalten – das entspricht etwa zwei Treffen pro Woche! Außerdem haben sie mehr als 21 Millionen Euro pro Jahr für Lobbyarbeit ausgegeben und



zahlreiche gesponserte Veranstaltungen durchgeführt. Neben den Bergbau-Lobbyisten zeichnen sich zwei weitere Lobby-Gruppen ab: die Autolobby mit Konzernen wie Porsche, VW und Rolls Royce und die Lobby der Tech-, Sicherheits- und Rüstungskonzerne. Letztere haben wichtige Verbündete in der EU. Der französische Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, hat beispielsweise eine Expert*innengruppe der Kommission aufgesetzt, die sich aus 20 Vertreter*innen großer Rüstungsunternehmen zusammensetzt und ihnen die Möglichkeit gibt, sich laufend zu wichtigen EU-Politiken zu äußern.

Verteilungskrise zwischen Globalem Norden und Süden

Die Abbau-Praktiken der globalen Bergbau-Konzerne stehen im Konflikt mit Umweltschutz und Menschenrechten. Zwischen 2010 und 2022 hat der Transition Minerals Tracker mehr als 500 Konflikte weltweit erfasst, die mit der Produktion von sechs für die

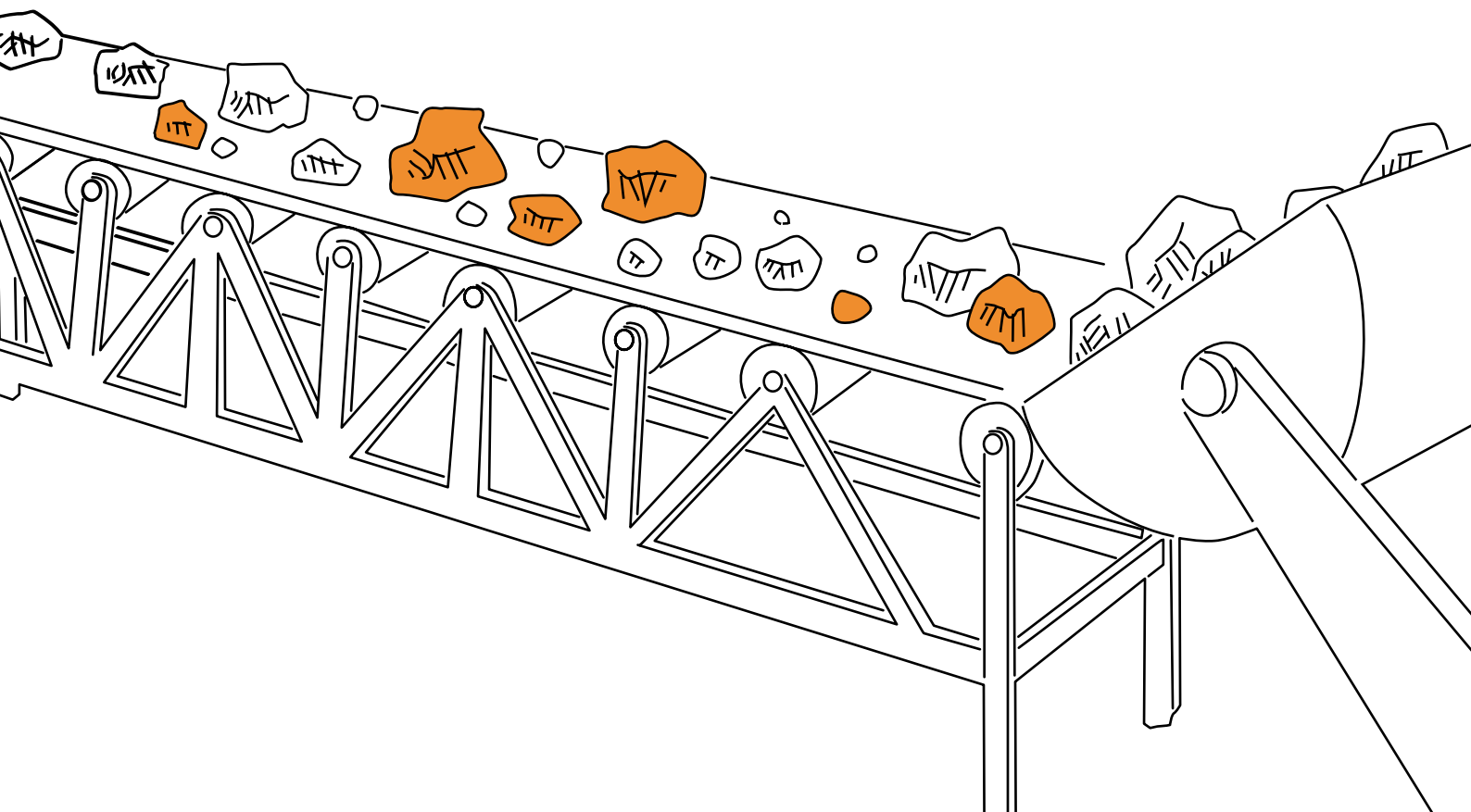
grüne Transformation bedeutenden Mineralien und Metallen in Zusammenhang stehen. Um Kobalt, Kupfer, Lithium, Mangan, Nickel und Zink abzubauen, verletzen die großen Bergbau-Konzerne Menschenrechte, enteignen, vertreiben und zerstören die Umwelt. Ein Großteil der dokumentierten Konflikte findet in Ländern des Globalen Südens statt. Während die EU und ihre Konzerne fleißig bemüht sind, sich den bestmöglichen Zugang zu Rohstoffen zu sichern, tun sie nur rhetorisch etwas für die Bevölkerung in den Abbauländern. Die unkritische Auseinandersetzung mit dem EU-Chile Handelsabkommen, das keinerlei echte Schutzmaßnahmen für Menschen und Klima vorsieht, oder die Verschleppung des EU-Lieferkettengesetzes sind traurige Zeugen dafür, dass die EU zwar gern von Menschenrechten spricht, aber bei deren Schutz kläglich versagt.

Verteilungskrisen mit internationaler Solidarität begegnen

Statt auf echte Reduktion des Material- und Energieverbrauchs zu setzen, be-

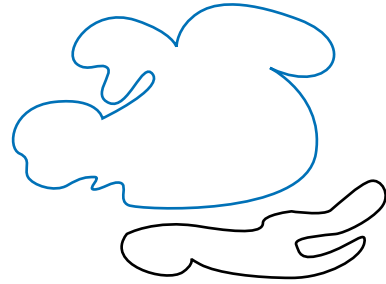
schwört die EU das Narrativ, dass wir mehr Rohstoffe brauchen, um eine ökologische Transformation zu schaffen. Doch im Schatten dieser Erzählung schleusen die Auto-Lobby sowie Tech- und Rüstungskonzerne ihre eigenen Agenden ein. Die EU gießt damit Öl in das Feuer der Militarisierungs- und Klimakrise. Statt rücksichtsloser Importe von Rohstoffen müsste eine ernsthafte Diskussion über eine Wirtschaftsweise, die Menschen und Klima in den Mittelpunkt stellt, geführt werden. Im Zentrum dieser Diskussion müssen eine Abkehr vom Wachstumszwang liegen und die echte Kreislaufführung von metallischen und mineralischen Rohstoffen. Das wird nur möglich, wenn auch Initiativen wie das Europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen dies im Kern aufnehmen.

Was wir als kritische Zivilgesellschaft tun können, ist einmal mehr unsere internationalen und kämpfeübergreifenden Bande zu stärken: Wir müssen gemeinsame Stimmen und Forderungen gegen Aufrüstung und Ausbeutung finden, Widersprüche sichtbar und Alternativen erlebbar machen.



CETA auf der Kippe: Abkommen schadet Klima und Umwelt

vor sechs Jahren trat das klimaschädliche Abkommen zwischen der EU und Kanada teilweise in Kraft. doch wie die Ablehnung in Frankreich beweist, kann es noch immer zu Fall gebracht werden.



Sechs Jahre nach dem vorläufigen Inkrafttreten des Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) fällt die Bilanz sehr unterschiedlich aus. Aus Sicht der EU ist das Abkommen „eine echte Erfolgsgeschichte“. Laut Studien des französischen Veblen Instituts und der deutschen NGO PowerShift ist hingegen klar, dass CETA die Pariser Klimaziele unterläuft und der Umwelt schadet.

von
David
Walch

10

Mit CETA am stärksten zugenommen hat der Handel in umweltverschmutzenden und klimaschädlichen Sektoren: bei Düngemitteln, fossilen Brennstoffen (Ölsanden, Roh-öl und Steinkohle), bei Chemikalien und Automobilen, bei Eisenerz, Nickel, Aluminium und Holz. Auch Mikroplastik, Kunststoffverpackungen und Kunstfasern, deren Herstellung große Mengen an Energie erfordern, werden verstärkt gehandelt. Problematisch sind auch die gestiegenen Rindfleischexporte – weder die EU noch Kanada konnten die Treibhausgasemissionen ihrer Viehwirtschaft senken. Eng damit verbunden ist der verstärkte Handel mit Futtermitteln wie Sojabohnen und gentechnisch verändertem Raps, der resistent gegen Herbizide ist. Der Einsatz dieser Herbizide führt wiederum zum Verlust biologischer Vielfalt und erheblichen Treibhausgasemissionen.

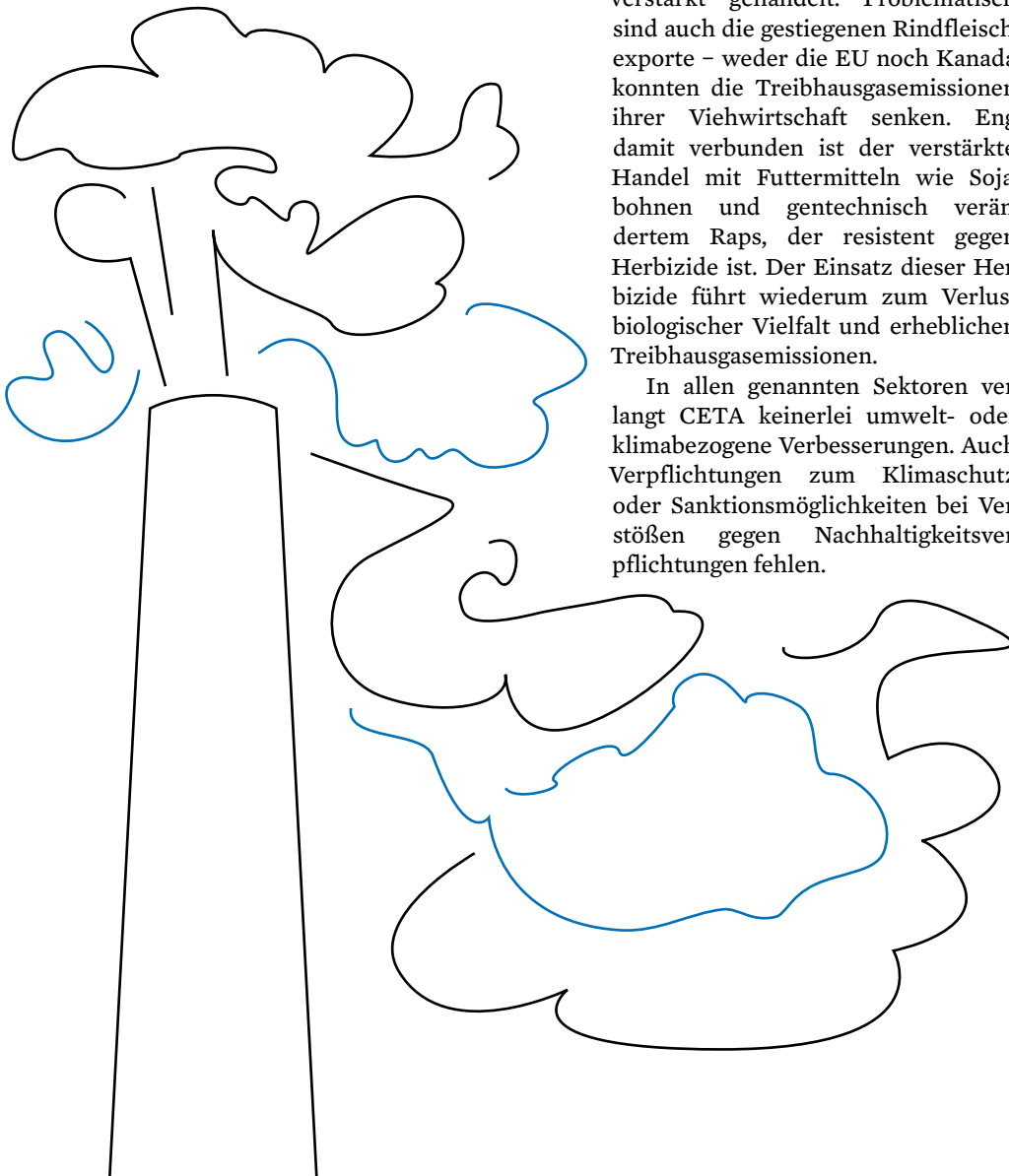
In allen genannten Sektoren verlangt CETA keinerlei umwelt- oder klimabezogene Verbesserungen. Auch Verpflichtungen zum Klimaschutz oder Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Nachhaltigkeitsverpflichtungen fehlen.

CETA bietet den Konzernlobbys zudem intransparente Foren, um das Abkommen ohne Beteiligung des EU-Parlaments zu ändern oder Umwelt- und Klimaregelungen in der EU abzuschwächen. Die Studien dokumentieren dies etwa bei der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten, der EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie, bei Vorschriften für gentechnisch veränderte Organismen oder bei strengeren EU-Grenzwerten für Pestizidrückstände – insbesondere bei Glyphosat. Die angekündigten wirtschaftlichen Vorteile des Abkommens sind hingegen kaum eingetreten: Die Zahl der europäischen Arbeitsplätze, die mit Exporten nach Kanada verbunden sind, ist beinahe unverändert.

Frankreich stimmt gegen CETA!

Der Handelsteil ist zwar vorläufig in Kraft, doch die umstrittene Paralleljustiz für Konzerne kommt erst dann, wenn alle EU-Staaten CETA ratifizieren – und das ist alles andere als sicher. Denn am 22. März 2024 hat der französische Senat das Abkommen klar abgelehnt. Fällt CETA auch in der unteren Kammer (Nationalversammlung) durch und benachrichtigt Frankreich die EU offiziell vom Scheitern, würde das auch den Handelsteil – und damit das gesamte Abkommen – zu Fall bringen! CETA kann also noch immer scheitern. Für den Klimaschutz wäre das tatsächlich „eine echte Erfolgsgeschichte“.

* In Irland entschied der Oberste Gerichtshof 2022, dass eine Ratifizierung von CETA gegen die Verfassung verstoßen würde. Das Parlament Zyperns lehnte die Ratifizierung 2020 ab – ohne dies jedoch offiziell an Brüssel zu melden.



UN-klimagipfel: ein symbolischer erfolg reicht nicht aus



**jene stimmen, die von der klimakrise am stärksten
betroffen sind, müssen endlich gehört werden**

Der UN-Klimagipfel 2023 in Dubai (COP28) stand von Anfang an in der Kritik, wurde er doch von einem Big Oil Boss, Sultan Al Jaber (CEO der Abu Dhabi National Oil Company), geleitet. Die Rekordzahl an teilnehmenden Lobbyist*innen überraschte dann auch niemanden mehr. Bezeichnend war das Verhältnis der Lobbyist*innen zu Vertreter*innen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder: 2.456 Lobbyist*innen von fossilen Konzernen übertrafen die Delegierten der zehn am meisten betroffenen Länder bei weitem. Für Aufsehen sorgte auch der Ausschluss der 12-jährigen indischen Klimaaktivistin Licypriya Kangujam, deren Ruf nach „End Fossil Fuels“ mit einem Entzug des Zugangs quittiert wurde.

Loss and Damage

Dieses Ungleichgewicht spiegelte sich auch in den Verhandlungsergebnissen wider: Gleich zu Beginn wurden Erfolge beim sogenannten „Loss and Damage Fund“ präsentiert. Der Fonds soll historische Ungleichgewichte im CO₂-Ausstoß zwischen dem Globalen Süden und Norden ausgleichen, deckt

von
Theresa
Kofler



aber mit den aktuellen finanziellen Zusagen nicht einmal 0,2 Prozent des globalen Bedarfs ab. Unklar bleibt, wie, wann und wie viel Geld ausgezahlt wird: Viele Länder bleiben da sehr vage. Weiters würden Ländern des Globalen Südens Fördermittel und nicht Darlehen zustehen, und zuletzt setzten sich die Länder des globalen Nordens auch noch damit durch, die Weltbank als zentrale Institution für den Fonds festzulegen – eine Institution, in deren DNA ein Machtungleichgewicht zwischen Globalem Norden und Süden festgeschrieben ist und deren Präsident*in von den USA bestimmt wird (die angesichts ihres historischen CO₂-Ausstoßes einen viel zu geringen Beitrag für den Fonds zugesagt haben).

Kein Ausstieg aus Fossilen

Gegen Ende der COP28 wurde um den gemeinsamen Ausstieg aus fossiler Energie gerungen. Letztlich wurde ein „Umstieg“ statt einem „Ausstieg“ beschlossen. Dieser kleine, aber feine Unterschied spiegelt nicht nur die Kräfteverhältnisse vor Ort wider, sondern auch die fehlende Bereitschaft, das 1,5- oder auch nur das 2,0-Grad-Ziel ernst zu nehmen. Sogar die Inter-

national Energy Agency (gewiss kein linker Think-Tank) kritisiert, dass die Ergebnisse der COP28 am 1,5-Grad-Ziel vorbeigehen. Verfechter*innen fossiler Energie führten auch noch das altbekannte Ablenkungsmanöver von rettenden neuen Technologien ins Rennen (etwa CO₂-Speicherung), doch solche Technologien sind aktuell noch extrem teuer und nicht flächendeckend einsetzbar.

Wie ein Erfolg ohne „aber“ aussehen könnte

Die Klimagipfel sind und bleiben ein wichtiger Rahmen für die globale Bekämpfung der Klimakrise. Erfolgreich können sie aber nur dann sein, wenn ihnen all jene fernbleiben, deren inhärentes Interesse es ist, weiterhin an Fossilen festzuhalten. Stattdessen müssen jene Stimmen endlich Platz bekommen, die von der Krise betroffen sind. Die Ergebnisse der COP sind nur dann etwas wert, wenn die Staaten ihre Umsetzung ernst nehmen – und ohne Druck von unten, von uns allen gemeinsam, werden Regierungen das nicht tun.

profit statt gemeinnützigkeit – energiekonzerne vergesellschaften sich nicht von selbst

wir brauchen saubere und
leistbare energie für alle



Banner-Aktion am Wiener Westbahnhof
gegenüber vom Verbund-Gebäude

„Wir sind kein gemeinnütziger Verein“, argumentierte Kelag-Vorstand Danny Güthlein im Interview mit der Kleinen Zeitung im Juli 2023. Angesichts der massiven Preiserhöhungen, die der Landesversorger den Verbraucher*innen kurz zuvor auferlegt hatte, während der Konzern gleichzeitig neue Rekordprofite veröffentlichte – ein Schlag ins Gesicht für alle, die mit den hohen Energiepreisen kämpfen. Das sollte nicht unbeantwortet bleiben ...

Im Herbst hängt ein 16-Meter langes Banner vom Kirchturm in Klagenfurt: „Energieversorgung demokratisieren“ ist darauf zu lesen. Unsere Grundforderung: eine gesetzliche Verankerung von Gemeinnützigkeit für alle Energieversorger sowie deren demokratische Kontrolle. Tags zuvor blockierten wir mit einer Gruppe von Attac- und Klimaaktivist*innen das Foyer der Verbund-Zentrale in Wien. Gegenüber des Westbahnhofs hing zudem ein riesiges Banner, das „Keine Profite mit unserer Energie“ forderte.

Ähnlich wie die Kelag konnte nämlich auch der Verbund seine Gewinne massiv steigern – schon in den ersten drei Quartalen 2023 verdoppelte der Konzern seinen Gewinn auf knapp zwei Milliarden Euro. Verbraucher*innenpreise wurden trotzdem sukzessive erhöht, obwohl die Herstellungskosten des Stroms – größtenteils durch Wasserkraft – kaum stiegen. Zuvor hatte ein Urteil bestätigt, dass der Verbund die hohen Preise der Energiebörse zu Unrecht an die Verbraucher*innen weitergibt. All diese Entwicklungen, die wir in der sich zuspitzenden Energiekrise bereits vehement kritisiert hatten, waren Anlass für die „Energiedemokratie-Aktionstage“ im November.

Bei der Blockade der Verbund-Zentrale diskutierten wir die grundlegenden Forderungen unserer Kampagne:

- Spekulation und Börsenhandel mit Energie beenden
- Gemeinnützige Energieversorger statt Profitmaximierung
- Energie-Grundanspruch für alle und gerechte Preise
- Klima- und sozial gerechte Energieproduktion

von Max
Hollweg

12

Unsere Versammlung symbolisierte, wie wir uns demokratische Prozesse für ein gerechtes Energiesystem und die Transformation zu 100 % Erneuerbaren vorstellen – nämlich mittels gemeinsamer demokratischer Kontrolle über große Energiekonzerne und -versorger. Auch der Verbund-Pressesprecher setzte sich widerwillig in den Kreis und meldete sich zu Wort. Sein Glauben an die Marktlogik stieß auf Unverständnis in der Runde. Denn in den Monaten zuvor war allen schmerzhaft bewusst geworden, dass ein auf Profit und Spekulation ausgerichtetes Energiesystem massiv krisenanfällig ist und innerhalb kürzester Zeit Millionen Menschen in die Energiearmut stürzen kann. In Österreich und vielen anderen Ländern konnten die dramatischsten Auswüchse der Krise nur durch milliardenschwere Subventionspakete und Hilfsleistungen wie die Strompreisbremse abgefedert werden.



Attac Kärnten_Koroška entrollte ein 16 Meter langes Banner am Klagenfurter Stadtpfarrturm



Blockade der Verbund Zentrale in Wien

Energiekonzerne demokratisieren sich nicht von selbst

Bei den Energieversorgern scheint es dafür kein Bewusstsein zu geben, obwohl sie in Österreich per Gesetz zu einem großen Teil in öffentlicher Hand sind und eine Pflicht zur Grundversorgung besteht. Jedoch stehen nicht die Versorgung zu gerechten Preisen und klimagerechte Produktion im Zentrum ihres Wirtschaftens, sondern zuallererst die Profitmaximierung.

Auf der ganzen Welt haben große Energiekonzerne starke Monopol- und Oligopolstrukturen aufgebaut und enormen Einfluss auf Preise und die Struktur des Energiesystems. Die Konzerne haben in der Energiekrise Rekordprofite gemacht und trotzdem die Preise massiv erhöht. Denn ein liberalisiertes Energiesystem ist auf Profitmaximierung ausgerichtet und verschiebt die Machtverhältnisse zugunsten der Konzerne und des Kapitals. Insbesondere das fossile Kapital der Öl- und Gaskonzerne spielt dabei eine zentrale Rolle.

Auf Lobbyveranstaltungen wie der Europäischen Gaskonferenz in Wien oder auch der Weltklimakonferenz in Dubai werden diese Verhältnisse of-

fensichtlich: Tausende Lobbyist*innen der fossilen Industrie handeln hinter verschlossenen Türen Deals aus und entscheiden über die Zukunft unserer Energieversorgung und Klimapolitik. Auch in Österreich stehen Milliardeninvestitionen in Gasprojekte noch immer auf der Tagesordnung. Die OMV freut sich weiter über günstige Erdgasimporte aus Russland, die sie gewinnbringend ins Ausland weiterverkaufen kann. Gleichzeitig schließt sie milliardenschwere Deals mit dem US-Konzern Cheniere für dreckiges LNG (Flüssiggas) ab oder erschließt ein neues Gasfeld im Schwarzen Meer, das uns noch Jahrzehnte von Gas abhängig macht.

Vergesellschaftung und Demokratisierung als Gegenbewegung

Die Energiekonzerne werden sich aus intrinsischen Motiven weder für gerechte Preise noch die Abkehr von fossilen Energieträgern entscheiden. Wir brauchen eine Neugestaltung des Energiesystems, eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne und den schnellen Ausstieg aus Fossilen.

13

Unsere zentralen Forderungen beinhalten nicht nur, die Energieversorgung in öffentliches Eigentum zu bringen, sondern den ganzen Sektor gemeinwohlorientiert und demokratisch zu organisieren. Dazu gehören die gesetzliche Verankerung von Leistbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimagerechtigkeit – sprich Gemeinnützigkeit. Demokratisierungsprozesse bräuchten neue Gremien wie Energieräte – zusammengesetzt aus Zivilgesellschaft, Expert*innen, Wissenschaft, Beschäftigten und Verbraucher*innen – zur Planung und Entscheidung über die Produktion und Verteilung von Energie.

Gemeinsam mit unseren Verbündeten aus der Klimabewegung, Gewerkschaften und Gruppen, die sich gegen Armut organisieren, kämpfen wir für ein neues Energiesystem und planen weitere Aktionen und Veranstaltungen. Wir freuen uns über eure Unterstützung und Ideen!

Alle Infos und unsere Petition zum Unterschreiben findet ihr unter: attac.at/energie

was tut sich bei den jungen attacies?

Seit 2019 findet jedes Semester in Wien das „Zivilgesellschaftliche Attac Praxissemester“ (kurz „ZAP“) statt. Dabei beschäftigt sich eine Gruppe von 15 bis 20 Menschen unter 35 Jahren ein Semester lang intensiv mit Fragestellungen und Visionen zum sozial-ökologischen Wandel. Den Kern des ZAP bilden wöchentliche Einheiten am Dienstagnachmittag. Jede Woche ist ein*e Expert*in von Attac zu Gast und berichtet über ein Thema. Darüber hinaus entwickeln die „Zappies“ in kleinen Teams eigene Projekte. Viele Zappies der letzten Jahre bleiben auch nach dem ZAP bei Attac aktiv – daraus haben sich innerhalb Attacs neue, jung besetzte Räume und Initiativen entwickelt:

von Conni
Barger

14

- Das *Referent*innenteam*: Das Team von sieben Referent*innen hält zweistündige Schulworkshops für Oberstufenklassen. Aktuell gibt es zwei Workshops zu den Themen „Das gute Leben für Alle“ und „Wie hängen Wirtschaftssystem und Klimakrise zusammen?“.
- *FunAttac*: Das motivierte FunAttac-Team bietet etwa einmal im Quartal Begegnungsorte für alle Attacies an, um sich auszutauschen, kennenzulernen und für das gemeinsame Engagement zu stärken. Im letzten Jahr gab es ein Spiele-Picknick auf der Praterwiese, einen Spaziergang durch den Wienerwald und einen Weihnachtspunschabend.
- *FeministAttac*: Im Herbst 2020 wurde die Gruppe FeministAttac neu gegründet – großteils mit ehemaligen Zappies. Die Gruppe setzt sich nach wie vor für die gendergerechte Gestaltung der Wirtschaft ein und setzt Zeichen für feministischen Systemwandel.

- In Gründung befindet sich gerade eine eigene *Attac-Aktionsgruppe*, die sich mit möglichen Aktionen beschäftigt, deren Ablauf und Sinn diskutiert und natürlich auch selbst umsetzt.
- Auch das *Kampagnenteam*, die *Awarenessteams* auf Attac-Veranstaltungen sowie das neue *radio%attac-Team*, das seit Juni 2023 wöchentliche Radiosendungen (zu hören auf über 20 Radiosendern) gestaltet, setzt sich aus jungen Attacies zusammen.

Zusätzlich zu diesen stabilen Gruppen und Teams gab es 2023 erstmals auch ein Event speziell als Begegnungsort für junge Attacies: das *Burgwochenende*. Von 29.09. bis 1.10.2023 haben sich 24 Attacies auf der Burg Wildegg im Wienerwald getroffen, um sich gemeinsam mit der Ökologie sozialer Bewegungen zu beschäftigen. Sie gingen Fragen nach wie: Welche unterschiedlichen Theorien des ökosozialen Wandels gibt es? Wofür kämpfen Menschen schon seit langem, welche Erfolge wurden bisher erzielt, welche Rückschläge gab es? Sie erstellten eine Landkarte von Akteur*innen des sozialen Wandels und deren Strategien in Österreich und diskutierten, welche Rolle Attac darin hat, um daraus Inspi-

ration und Anregungen fürs eigene Tun zu entwickeln. Natürlich gab es auch Lagerfeuer, selbstgekochtes Essen, abendliches Versteckspielen in der mittelalterlichen Burg und Raum für Begegnung. Das nächste Burg-Wochenende ist bereits in Planung und wird Mitte Oktober stattfinden.



Das erste
Burgwochenende
für junge Attacies
im Herbst 2023





das war die sommerakademie 2023

gemeinsam für gerechtigkeit! mächtig werden gegen klimakrise und kapitalismus

Rund 200 Teilnehmer*innen erlebten in Traiskirchen eine Premiere: Erstmals fand die SoAk als „Sommerakademie der sozialen Bewegungen“ statt und wurde von Attac gemeinsam mit Anders handeln, Degrowth Vienna, fair sorgen!, Fridays for Future Graz, KAUZ, System Change not Climate Change! und ÖBV – Via Campesina Austria veranstaltet.

Wie können wir angesichts von Klimakrise und Krieg eine gerechte Gesellschaft tatsächlich erreichen? Welche Strategien und Bündnisse brauchen wir, um uns selbst und andere zu ermächtigen, eine bessere Welt zu schaffen? Diese Fragen und vieles mehr diskutierten die Teilnehmenden auch anhand verschiedener Strategien sozialer Bewegungen. Wir sammelten die besten Beispiele aus aktuellen und vergangenen Erfolgen und ließen uns inspirieren, wie wir die Resignation überwinden und gemeinsam Bewegungsmacht aufbauen können.

vom
SoAk-
Team

15

Im Zentrum der Sommerakademie stand wie gewohnt der inhaltliche Austausch – diesmal allerdings neu organisiert, nämlich in fünf Themensträngen mit folgenden Schwerpunkten:

- Gemeinsam für eine fairsorgende Wirtschaft und Gesellschaft
- Für eine friedliche und gerechte Zukunft: Ressourcenkonflikte, Geopolitik und Migration
- Mit Demokratie zum sozialen und ökologischen Umbau
- Ökonomische Alphabetisierung – Wirtschaftsbildung
- Skills und Aktionstraining

Das neue Programmkonzept kam bei den Teilnehmenden gut an und zeichnete sich durch große Vielfalt und hohe Professionalität der Vortragenden, Referent*innen und des Moderationsteams aus; auch die Vielfalt der angewendeten Methoden wurde von den Teilnehmenden sehr positiv bewertet. Zusätzlich zu den inhaltlichen Strängen standen Podiumsdiskussionen und ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Kabarettabend

und einem Fest mit Live-Musik am Programm: zu hören gab es heiße Rhythmen von SambAttac und die großartige Newcomerin Zelda Weber & the Rosettes. Highlights waren auch der Verschönerungs-Bauchladen (Glitzer-Nagellack! Visionen von der Welt, nach der wir uns zutiefst sehnen!) und Karaoke. Die Sommerakademie bot also wieder einmal den perfekten Rahmen zum Diskutieren und Lernen, zum Netzwerken und Freundschaften auffrischen, als Inspiration und Motivation und natürlich auch zum Chillen und Feiern. Wir freuen uns aufs nächste Mal!

Am besten gleich im Kalender notieren: Die nächste Sommerakademie der sozialen Bewegungen findet von 11. bis 14. Juli 2024 in Steyr statt!

attac.at/sommerakademie

wir alle machen wirtschaft – netzwerk für zukunftsfähige wirtschaftsbildung

Ziel des 2022 gegründeten Netzwerks ist die Veränderung des einseitig geführten gesellschaftlichen Diskurses zu Wirtschafts- und Finanzbildung. Im Fokus 2023 stand die Deutungshoheit über wirtschaftliche Bildung. Fast

täglich gibt es Presseaussendungen von Lobbys und Unternehmen – und immer öfter finden auch einschlägige Proponent*innen für verengte Finanzbildung in Medien Gehör. Bei einer Veranstaltung im November 2023 ver-

von
Mario
Taschwer

16

deutlichte Prof.ⁱⁿ Bettina Zurstrassen von der Universität Bielefeld eindrücklich, wie Unternehmenslobbys seit vielen Jahren die bestehende Wirtschaftsbildung, Lehrbücher und Lehrer*innen als „mangelhaft“ skandalisieren, um mit ihren eigenen ökonomischen Interessen und ihrem Weltbild Einfluss auf Lehrpläne und Inhalte in Schulen zu nehmen.

Im Herbst 2024 veröffentlicht das Netzwerk das Buch „Wir alle machen Wirtschaft. Argumente für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzbildung“. Es wird von Attac Österreich, Die Armutskonferenz, Fachgruppe Geographische und Sozioökonomische Bildung und fair sorgen! herausgegeben. Unsere neue Webseite bietet Informationen zum Netzwerk, Projekte, Publikationen, Bildungsmaterialien und Möglichkeiten zum Mitmachen:

www.wirallemachenwirtschaft.at



Bettina Zurstrassen skizziert ein neues Verständnis von sozio-ökonomischer Bildung

Foto: Sarah Zublasing

finanzattac hatte ein tolles jahr!

Wir protestierten gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Mittel- und Osteuropa bei der Aktionärsversammlung der Vienna Insurance Group in der Wiener Stadthalle, weil sie keine Ausstiegspläne von fossilen Projekten haben. Versicherungskonzerne wie die VIG spielen bei fossilen Brennstoffen eine wichtige Rolle. Denn neue und bestehende fossile Projekte können ohne Rückhalt und finanzielle Garantien von Versicherungen nicht weiter verfolgt werden, ohne erhebliche Risiken einzugehen. Wir forderten unter anderem die sofortige Einstellung der

Versicherung von Kohle-, Öl- und Gasprojekten.

Ein zweites Highlight war die Veröffentlichung des Buchkapitels „Current policy initiatives on green finance in the EU: the green taxonomy in the global context“ im Buch „Understanding Green Finance“ von Johannes Jäger und Ewa Dziwok. Darin analysieren wir, warum die Taxonomie der EU nicht ausreicht, um das Klima zu retten, und wie Konzerne auf EU-Ebene gegen strengere Regeln lobbyieren. Denn laut den Kriterien der EU sind auch Atomkraft und Gas als nachhaltig eingestuft.

von
Finanz-
Attac

Auch im nächsten halben Jahr richten wir den Fokus auf die Finanzierung und Versicherung von Öl- und Gasprojekten durch österreichische Unternehmen.

Wir sind offen für neue motivierte Menschen, die bei uns einsteigen möchten. Ein weiteres Highlight sind nämlich unsere netten Gruppentreffen mit ...



parlamentarische bürger*innen- initiative für finanztransaktions- steuer

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) begleitet Attac seit der Gründung und war zugleich Namensgeberin: ATTAC leitet sich aus den französischen „Association pour la Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyennes“ ab. Immer wieder versuchte Attac für die FTS die (Samba)Trommeln zu schlagen. Die EU-Kommission legte 2011 (in Folge der Finanzkrise 2008) einen Vorschlag für eine FTS vor. Die EU-Finanzminister*innen diskutierten deren europaweite Einführung. 2012 setzten sich 10 EU-Länder in

einer „vertieften Zusammenarbeit“ koordiniert vom österreichischen Finanzministerium für die Umsetzung der FTS ein.

Senior*innen-Attac lud zu Veranstaltungen „Finanztransaktionssteuer jetzt!“ ein, 2017 in die AK Wien und 2018 in das Wirtschaftsmuseum und bewarb eine parlamentarische Bürger*inneninitiative (pBI) zur „Einführung einer Finanztransaktionssteuer“.

Nach der Übergabe der pBI am 9. Jänner 2019 im Parlament wurde sie am 12. März 2020 dem Finanzaus-

von
Senior*in-
nenAttac

17

schuss zugewiesen. Parallel dazu wurde die „vertiefte Zusammenarbeit“ zur FTS in der EU wegen unwirksamer Vorschläge aus Frankreich und Deutschland aufgegeben. Alle Jahre erinnerte Peter Degischer, Initiator der pBI, die Fraktionsführer*innen im Finanzausschuss an die pBI – und erhielt gelegentlich die Nachricht, dass die Petition nicht auf der Tagesordnung stand ...



die zivilgesellschaft zu gast im parlament

Die Einladung zum Treffen im Parlament am 19. Oktober 2023 kam (über die Initiative des Präsidenten der Initiative Zivilgesellschaft, Rudolf Kulovic) von den Abgeordneten zum Nationalrat Bettina Rausch und Dr.ⁱⁿ Agnes Totter.

von Attac
Bedingungs-
loses Grund-
einkommen

Wir waren acht Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, die im Hintergrund als „Mediator*innen“ für 172 NGOs, Vereine und Initiativen unter <https://gemeinsam.jetzt> zusammenarbeiten. Unserem Wunsch nach einem Informationsaustausch, um zwischen inter-

essierten Bürger*innen und politischen Entscheidungsträger*innen Vertrauen aufzubauen, wurde entsprochen. Wir wollen einander besser verstehen lernen.

Von der Initiative Zivilgesellschaft wurde darauf hingewiesen, dass es oft durch Missverständnisse, Informationsmangel und das Gefühl, nicht gehört oder einfach ignoriert zu werden, zum Vertrauensverlust zur Politik kommt. Nach gegenseitigem Anhören können auch wir unsere Forderungen und die Leistungen der Politik in der Bevölkerung sichtbar machen.

Diskutiert wurden konkret folgende Themen:

- Geld, Finanz- und Wirtschaftssystem,
- Soziales / Bedingungsloses Grundeinkommen,
- Frieden, Gewaltfreiheit und Solidarität

Die Gespräche fanden in einer sehr guten Atmosphäre statt und beide Seiten hatten das Gefühl, dass Gespräche dieser Art auf „gleicher Augenhöhe“ zu weiteren Themen sehr sinnvoll wären.



BLING erobert graz!

„Wie geht das? – Dampfschiff falten – uff, schnell zur Medikamentenausgabe – oder doch Blindenführen für Sozialblings?“ „Brauche ich dringender Geld fürs Wohnen oder für die Gesundheit?“ Ja, das macht Stress, wenn die Ausgangsposition „chronisch krank“ oder „Kindersegen“ heißt. Leichter hat es da die Frau mit der

Rolle „Reiche Eltern“, die scheint sich fast zu langweilen ...

In einem aus den Mitteln der ÖGPB geförderten Projekt haben wir es für verschiedene Zielgruppen ermöglicht, diese Erfahrungen selbst zu machen: für Gemeinderät*innen, Gewerkschafter*innen und interessierte spielaffine Menschen.

von Ulli
Peuerböck
und René
Schuster

18

Die Teilnehmer*innen sind in zufällig zugewiesene Rollen geschlüpft und haben so die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und Chancen in unserem Wirtschaftssystem gespürt. Wer stark unter Druck steht, den Alltag zu bewältigen, kann wenig um sich sehen. Es fehlt die Energie sich in politische Debatten einzubringen. Und da kann es passieren, dass womöglich der spendable Reiche massiv für ein Gesetz lobbyiert, das arbeitsrechtliche Regelungen verschlechtert und so noch mehr Stress erzeugt.

Politisches Leben und damit Einfluss auf Gesetze ist für Reiche einfacher. Wir müssen einen Weg finden, damit Menschen nicht nur ans Arbeiten denken müssen, um über die Runden zu kommen, sondern auch politisch aktiv werden können.

BLING – das Attac-Planspiel zu Finanzmarkt & Gesellschaft: attac.at/bling



Foto: salon deluxe

Foto: Karin Schuster

blowing in the wind ...



Am 3.11.2023 führten wir unseren Banner-Drop zur Energiekampagne durch. Bei widrigstem Wetter schleppten vier Leute unserer Gruppe das 16 Meter lange Banner über 225 Stufen auf den Stadtpfarrturm Klagenfurt. Unser Plan war, das Banner auf 50 Meter Höhe zu entrollen und eine halbe Stunde lang vom Turm flattern zu lassen. Währenddessen sollten unten zwei unserer Mitglieder Fotos für die Medien schießen. So der Plan ... Oben angekommen sahen wir, dass rund um den Turm ein drei Meter hohes Sicherheitsgitter angebracht war. Auch der Wind auf 50 Meter Höhe war etwas (!) stärker als am Boden, also mussten wir fürs Entrollen den richtigen Moment abpassen. Zum Glück haben wir zwei passionierte

von Attac
Kärnten
Koroška

Segler als Mitglieder. Wir bereiteten das Banner vor und beschwerten eine Seite mit zwei Hanteln. Aus Sicherheitsgründen verklebten wir alles mit viel Powertape. Zwischen zwei Wolkenfronten starteten wir unseren ersten Versuch. Wir warfen das Banner über das Gitter, schafften aber nicht es ganz zu entrollen, weil nach kurzer Zeit eine Windböe das Tuch aufbauchte und nach oben wehte, sodass die Hanteln auf uns niederstauten. Es ging alles gut, aber dieser erste Versuch ließ uns etwas ratlos zurück. Beim zweiten Mal wollten wir das Banner möglichst schnell entrollen. Es gelang! Sobald wir das „Go!“ hatten, dass ein Foto geglückt war, zogen wir das Banner zur Sicherheit gleich wieder hoch. Das tolle Ergebnis seht ihr in der Heftmitte! An dieser Stelle noch einmal ein großes Danke an alle Aktivist*innen der Attac Regionalgruppe und auch an das Team in Wien für das tolle Banner.

zusammenhänge besser verstehen

Wir reden zwar über den Klimawandel und wir spüren ihn auch bereits, aber als sich zuspitzende Krise lassen wir ihn nicht so recht an uns heran. Emotionale Verdrängung ist noch immer angesagt. Genau da setzt die Berliner Klimajournalistin Sara Schurmann an, die am 29.9.2023 in der Kunstbox Seckirchen in einer Kooperationsveranstaltung von Attac Flachgau gemeinsam mit anderen Organisationen zu Gast war. „Wir kennen zwar viele einzelne Informationen zur Klimakrise, psychologische Abwehrmechanismen halten unser Hirn aber davon ab, die tatsächliche Gefahr zu er-

kennen“, so die Autorin des Buches „Klartext Klima“ in ihrem Vortrag. Die Verwirrungstaktiken der Fossil-Lobby seien noch immer erfolgreich. Es werde zwar berichtet, aber anders als etwa in der Corona-Krise werde die Klimakrise nicht ihrem Ausmaß entsprechend abgebildet. Planetare Krisen seien jedoch keine Krisen wie andere auch: „Sie stehen in einer doppelten Beziehung zu allen möglichen Themen: Ernährung, Mobilität, Wohnen, Wirtschaft, Konsum ... alle diese Bereiche haben einerseits einen Einfluss auf die Klimakrise – und andererseits hat die Klimakrise Auswir-

von Hans
Holzinger,
Attac
Flachgau

kungen auf sie.“ Besonders betonte Schurmann die Gefahr von Kippunkten, die zu einer raschen Beschleunigung von Extremereignissen führen können.

Du möchtest bei uns mitmachen? Attac Flachgau freut sich über neue Mitstreiter*innen – schreib einfach eine E-Mail an: flachgau@attac.at



Foto: Leo Fellinger

Spannender Vortrag von Sara Schurmann

was tut sich bei der Lieferkettenrichtlinie?

Tobias Griessler von GLOBAL 2000 referierte am 16.11.2023 im BORG Wr. Neustadt über die EU-Lieferkettenrichtlinie. Diese soll künftig Unternehmen verpflichten, Menschenrechte, Arbeitsrechte und die Umwelt in globalen Wertschöpfungsketten zu achten und nimmt Unternehmen in

von Attac
Wiener
Neustadt

19

die Sorgfaltspflicht. Der Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen und der Umweltzerstörung soll damit ein Ende gesetzt werden. Unternehmen (sowie deren Töchter, Subunternehmen und Zulieferer) sollen Risiken analysieren, Maßnahmen setzen, deren Wirksamkeit prüfen und das Ergebnis regel-

mäßig kommunizieren. Die Regelungen betreffen auch KMU und Familienbetriebe, falls sie Großunternehmen in sensiblen Branchen beliefern.

2022 hat der Prozess in der EU-Kommission, im EU-Parlament und im EU-Rat begonnen. Eine Einigung zwischen den drei Institutionen (Trilog) wurde Dezember 2023 erreicht. Schon hier waren Verwässerungen erfolgt, denn die Konzerne lobbyierten natürlich im eigenen Interesse. Doch im Februar 2024 torpedierten dann plötzlich Österreichs Wirtschaftsminister Kocher und die deutsche Regierung diese Einigung und forderten weitere Abschwächungen. Nach zähem Ringen wurde letztlich Mitte März die nötige Mehrheit erreicht. Und trotz massiver Zugeständnisse an die Industrie stimmte Österreich immer noch nicht zu. Das EU-Lieferkettengesetz ist trotzdem ein wichtiger Schritt um Menschenrechte und Umwelt entlang globaler Wertschöpfungsketten zu schützen.



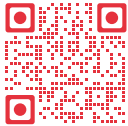
Gelungene Kooperation von Attac Wr. Neustadt, Südwind NÖ, Weltladen Wr. Neustadt und Global 2000

Der **Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)** bekennt sich zu einer **klima- und umweltgerechten Gestaltung** aller Lebens-, Arbeits- und Produktionsweisen und unterstützt aktiv auf allen Ebenen den dafür notwendigen **sozial gerechten Übergang** (auch „**Just Transition**“ genannt). Das Ziel ist, die **Rechte der Arbeitnehmer:innen**, ihren Lebensstandard und ihre soziale Absicherung zu erhalten bzw. zu verbessern und das Überleben der Menschheit auf der Erde sicherzustellen.

Auszug aus den Leitsätzen des ÖGB

bezahlte Anzeige

Dafür brauchen wir dich!



Mit jedem neuen Mitglied wird deine Gewerkschaft stärker.

Werde jetzt Mitglied!

oegb.at/mitglied-werden

ÖGB

JUGEND EINE WELT

ZINSENLOSE DARLEHEN FÜR ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT

Unterstützen Sie mit Ihrem zinslosen Darlehen Jugend Eine Welt dabei, Bildung zu ermöglichen. Stärken wir gemeinsam den fairen Handel, erneuerbare Energien sowie die Katastrophenhilfe in Ländern des Globalen Südens.

jugendeinewelt.at/fairesgeld | darlehen@jugendeinewelt.at

Zum Glück wollen nicht alle im Großkonzern arbeiten

...die besseren Jobs gibt es auf

ngojobs.eu

THERE ARE NO JOBS ON A DEAD PLANET.

GEMEINSAM AUGE/UG
Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen

Schluss mit Ungleich

Wahl - Liste 4, GEMEINSAM AUGE/UG

Frauenarbeit ist ~~gleich~~ ^{mehr} viel wert!

10.04. - 23.04.2024 geh wählen!

[akwahl2024.at](https://www.akwahl2024.at)

volkshilfe.



**WIR KÖNNEN
KINDERARMUT
ABSCHAFFEN!**

UNTERSCHREIBE JETZT!
KINDERARMUT-ABSCHAFFEN.AT/PETITION 



FRIEDENS - SYMPOSIUM

Pfingst-Symposium in der GEA Akademie in Schrems. **17. bis 20. Mai 2024**

Wir freuen uns sehr, dass **unglaublich überzeugende Friedensaktivist*innen** zu unserem Friedens-Symposium kommen werden.



Eugen Drewermann, der streitbare Theologe, Philosoph und Schriftsteller, der mit großem Einsatz und Entschlossenheit, mit Mut und Kraft, in Weisheit und Güte um Frieden kämpft.



Jo Berry und Pat Magee. Die Bombe, die der IRA Kämpfer Pat Magee gelegt hatte, hätte Maggie Thatcher umbringen sollen, doch der Vater von Jo Berry musste dran glauben. Pat und Jo betreiben jetzt gemeinsam ein Versöhnungs- und Friedensprojekt. **"the forgiveness project"**.



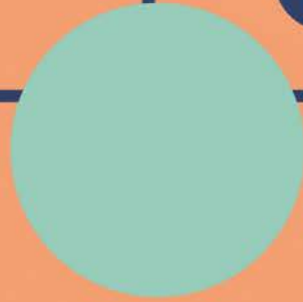
Das Friedensdorf San Jose de Apartado wehrte sich gewaltlos gegen die Vertreibung. Von 1500 Einwohnern des Dorfes wurden mehr als 200 ermordet. Trotzdem bleiben sie ihrem Prinzip der Gewaltlosigkeit treu.



Anmeldung unter: akademie@gea.at • Das Programm wächst kontinuierlich.
Die Seite ist in Arbeit und wird hier zu finden sein: www.gea.at/symposium2024



ÖH



Deine ÖH kämpft für
deine Rechte im Studium.

Die Hochschulen den Studierenden!

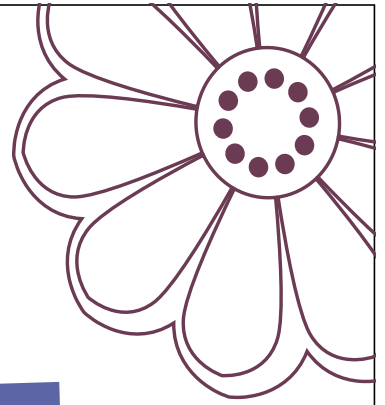
www.oeh.ac.at
oeh@oeh.ac.at
[@bundesoe](https://www.instagram.com/bundesoe)



DIE BESTEN

Schuhe für Frauen

GEFERTIGT IN EUROPA



Hartjes
Modell „PHIL“
€ 160,-

Hartjes-Schuhe gefertigt in Oberösterreich • Arche-Schuhe mit Naturlatexsohlen •
die bequemsten Schuhe von Thierry Rabotin • Bio-Lederschuhe von WERNER
(IVN zertifiziert) • Natural World vegane Biobaumwollschuhe • u. a.

SCHUHE FÜR FRAUEN

1070 Wien • Neubaugasse 44 • www.schuhefuerfrauen.at



